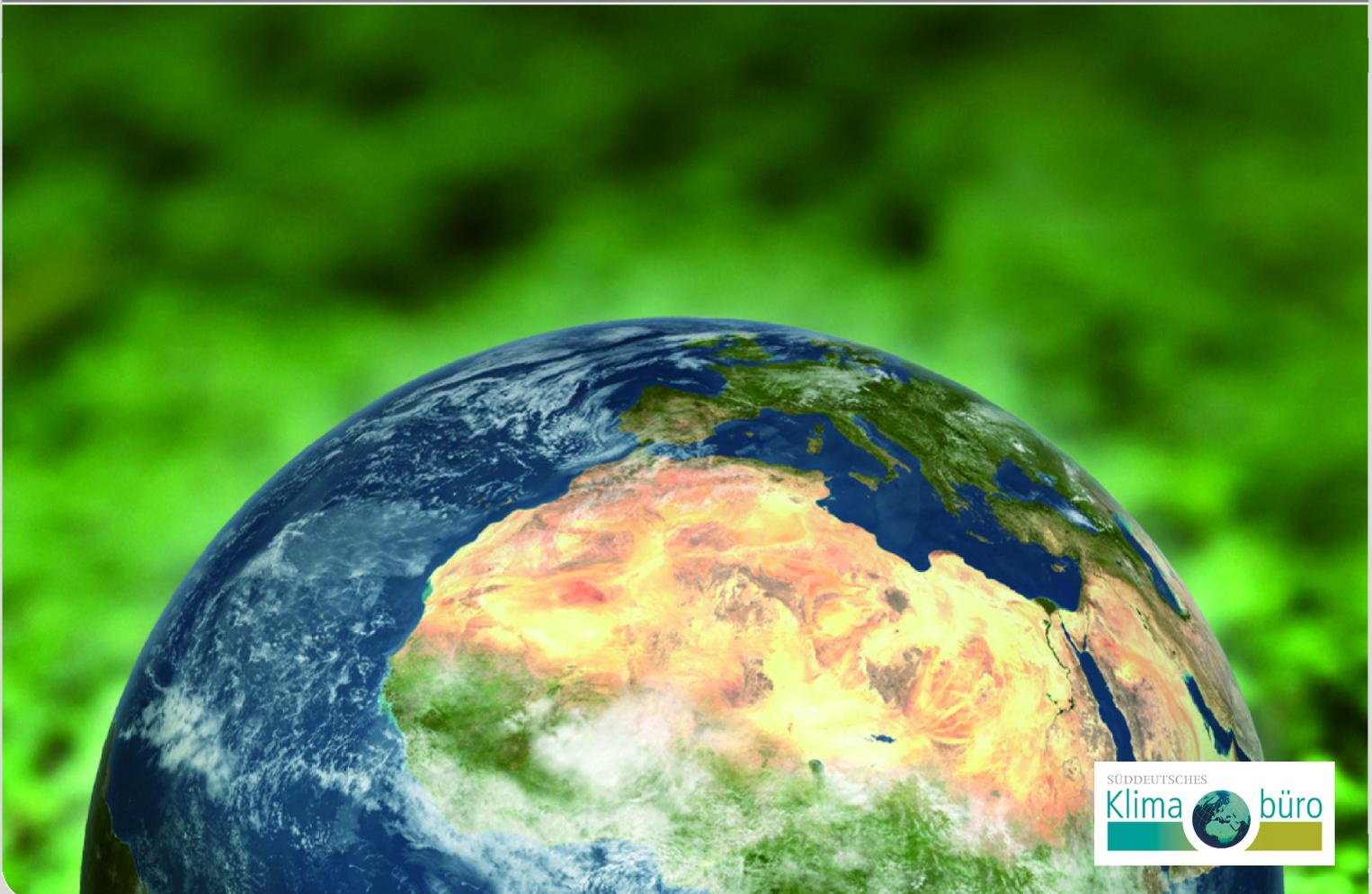


Klimaschutz nach der UN-Weltklimakonferenz Kopenhagen, Dänemark

Dezember 2009

SÜDDEUTSCHES KLIMABÜRO



Inhaltsverzeichnis

1 Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009	1
2 Ziele der Konferenz	1
3 Ergebnisse der Konferenz	1
3.1 Nationale Klimaschutzmaßnahmen	2
3.2 Soforthilfe für arme Länder von 2010 bis 2012	2
3.3 REDD-plus	3
4 Perspektive für Süddeutschland	3
4.1 Beitrag des KIT zur Klimaforschung	3
4.2 Energieforschung	3
4.3 Statements des Süddeutschen Klimabüros	3

1 Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009

Am 7. bis zum 18. Dezember 2009 fanden zwei wichtige Treffen während der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen gleichzeitig statt: Die 15. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, COP 15 (Conference of the Parties), und das fünfte Treffen im Rahmen des Kyoto-Protokolls, CMP 5, (Meeting of the Parties to the Kyoto Protocol).

Hintergrundinformationen:

http://unfccc.int/press/fact_sheets/items/4975.php

2 Ziele der Konferenz

Zentrales Ziel der Verhandlungen war es, die ein Kyoto-Nachfolgeprotokoll zu vereinbaren, das am 1. Januar 2013 in Kraft treten soll. Von Seiten des UN-Weltklimarates IPCC wurde gefordert, ein Abkommen so zu gestalten, dass die globale Temperaturen um nicht mehr als 2°C steigen und dass künftig nicht mehr als 750 Gigatonnen Treibhausgase ausgestoßen werden, um die Folgen des Klimawandels in Zukunft noch bewältigen zu können. (Spiegel, 19.12.2009)

Der Antrag Tuvalus und der Aosis-Gruppe kleiner Inselstaaten, ein 1.5-Grad-Ziel zu setzen, war bereits am 9.12. am Widerstands Chinas, Indien und Südafrika gescheitert. (FR-online, 10.12.)

Die internationalen Verhandlungen, ein rechtlich verbindliches Übereinkommen zu erzielen wurde von Beginn an als schwierig erachtet, denn es galt: Ehrgeizige Ziele zur Minderung von Treibhausgasemissionen sowohl in Industrie- als auch Entwicklungsländer festzulegen (einschließlich in Waldwirtschaft und im Transportsektor) und dabei weiteres Wirtschaftswachstum ohne Wettbewerbsverzerrung zu ermöglichen Eine gerechte Verteilung der Lasten auf die wirtschaftlich unterschiedlichen Länder zu finden. Darunter fallen finanzielle und technische Entwicklungshilfen für die Anpassung an den Klimawandel und für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise

mit geringem CO₂-Ausstoß Die Entwicklung einer globalen Führungsstruktur bei gleichberechtigter Beteiligung aller Nationen, zur Durchführung und Kontrolle der vereinbarten Maßnahmen.

Quelle: Ban Ki-moon, 25.10.2009; Tagesspiegel, 14.12.2009

3 Ergebnisse der Konferenz

In Kopenhagen wurde keine rechtlich verbindliche und ambitionierte Übereinkunft erzielt. Es gab keine Übereinstimmung für eine Fortführung des Kyoto-Protokolls (AWG-KP, Verhandlungen verschoben auf COP 16 / MOP 6) und auch nicht für ein neues langfristiges Protokoll (AWG-LCA, verschoben auf COP 16).

Als Ergebnis wurde der Öffentlichkeit statt dessen der "Copenhagen Accord"präsentiert; ein in informellen Gesprächen federführend von den USA, China, Indien, Südafrika und der EU verfasstes Dokument, dem sich 25 weitere Staaten anschlossen (die 30er-Gruppe). In dem dreiseitigem Text wird betont, dass die Erderwärmung auf 2°C limitiert werden soll. Pläne oder Vereinbarungen, wie das Zwei-Grad-Ziel erreicht werden soll, gibt es nicht, es bleibt bei einer unverbindlichen, politischen Willenserklärung. Auch das Ziel bis 2050 die globalen CO₂-Emissionen um 80% zu reduzieren wurde fallengelassen. Das Dokument wurde von den Nationen zur Kenntnis genommen und als inoffizielles Dokument dem Anhang des Abschlussberichts hinzugefügt. Bis zum 1. Februar 2010 können die Staaten freiwillig nationale Klimaschutzziele in den Anhang des Dokuments eintragen.

Die Verhandlungen in Kopenhagen wurden als gescheitert betrachtet, auch wenn einige wie z.B. Ban Ki-moon, die bisherigen Leistungen würdigten und den Blick nach vorne richteten. (HGF, 22.12.2009; Spiegel, 19.12.2009; Spiegel, 21.12.2009; Guardian, 19.11.2009; Fokus, 17.12.2009;). Die routinemäßige Sitzung der Nebenorgane des UN-Klimasekretariats (UNFCCC) vom 31. Mai bis 11. Juni 2010 in Bonn bekommt nun besonderes Gewicht, da weitere Beschlüsse

auf November 2010 in Mexiko-Stadt (COP 16) verschoben wurden, obwohl von Seiten der Wissenschaft die Dringlichkeit, jetzt zu handeln, hervorgehoben wurde, denn je später Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden, desto größer müssen die Anstrengungen sein, um dasselbe Ziel zu erreichen. (Copenhagen Diagnosis) Daher wird es wahrscheinlicher, dass auch das Zwei-Grad-Ziel nicht erreicht werden kann und dass größere Ausgaben für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel notwendig werden. (Climate Action Tracker)

Obwohl in Kopenhagen kein neues Abkommen vereinbart werden konnte, werden auf nationaler Ebene Klimaschutzmaßnahmen durchgeführt und einige der angebotenen Finanzhilfen umgesetzt. Durch den „Copenhagen Accord“ werden vier neue Einrichtungen initiiert: REDD-plus, ein Gremium zur Umsetzung der Finanzierung, einen „Copenhagen Green Climate Fund“ und eine Technologieeinrichtung.

3.1 Nationale Klimaschutzmaßnahmen

Bis Ende 2012 ist das Kyoto-Protokoll noch wirksam. In Erwartung eines späteren Abkommens planen einige Länder einen Teil der angebotenen Klimaschutzmaßnahmen trotz des Scheiterns in Kopenhagen umzusetzen.

Die EU plant den Treibhausgasausstoß bis 2020 um 20% im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Bei einem Abkommen werde das EU-Ziel auf 30% gesetzt. (Spiegel, 20.12.2009)

USA: Die EPA erklärte Treibhausgase (CO₂, Methan, Stickoxide, SF₆, und fluorierte und perfluorierte Kohlenwasserstoffe) zu gefährlichen Umweltschadstoffen. (Spiegel, 7.12.2009). Nach Aussagen von der US-Klimabeauftragten Todd Stern sollen die Emissionen um 4% bis 2020 gesenkt werden, bis 2025 um 10% und bis 2030 um 15%, obwohl 25 bis 40% bis 2020 vom IPCC zur Einhaltung des 2-Grad-Ziels gefordert wurden. (FR-online, 10.12.)

Brasilien: hat ein Gesetz zur Reduzierung des Treibhaus-Ausstoßes um mindestens 36 Prozent

bis 2020 erlassen und erfüllt die Voraussetzung für das Versprechen in Kopenhagen, die Emissionen um 36,1% bis 38,9% zu senken. (Spiegel, 30.12.2009)

Die Reduktionsziele der anderen Nationen speziell der 30er Gruppe ohne ein globales Abkommen, stehen noch aus, sollen aber bis Februar 2010 bekannt gegeben werden. (Alertnet, 20.12.2009)

3.2 Soforthilfe für arme Länder von 2010 bis 2012

Beim zweitägigem EU-Gipfel der 27 EU Staaten in Brüssel am 10.-11.12. einigten sich die EU-Staaten auf ein Angebot an die Entwicklungsländer von 7,2 Milliarden EUR für finanzielle Klimaschutzhilfen im Zeitraum 2010-2012. Diese Sofortfinanzierungshilfen der EU entsprechen etwa einem Drittel des erwarteten Bedarfs. Als Anschubfinanzierung von Klimamaßnahmen in den Entwicklungsländern bis zum Inkrafttreten eines Nachfolgeprotokolls 2013 werden von Grossbritannien 1,66 Milliarden EUR, von Frankreich und Deutschland je 1,26 Milliarden EUR in Aussicht gestellt (FR-online, 11.12.). Schweden haben 800 Millionen EUR, die Niederlande 300 Millionen EUR und Finnland 100 Millionen EUR angeboten.

Die Anschubfinanzierung beträgt insgesamt 30 Milliarden US\$, davon tragen:

Japan	11,0 Milliarden US\$
EU	10,6 Milliarden US\$
USA	3,6 Milliarden US\$

Bis 2020 sollen die Hilfen aus einem „Copenhagen Green Climate Fund“ auf 100 Milliarden US\$ pro Jahr erhöht werden, wobei die Finanzierung hierzu noch nicht geklärt ist, möglicherweise mittel eines CO₂-Handelsplan (NY Times, 20.12.2009; UN, 19.12.2009) Die Mittel sind für alle Klimaschutzaktivitäten vorgesehen: Anpassungsmaßnahmen, die Vermittlung von Handlungskompetenzen und Wissen (capacity-building), Technologietransfer und -entwicklung, sowie den Schutz der Wälder (REDD-plus).

3.3 REDD-plus

REDD (Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern) ist als Instrument gedacht, waldreichen Entwicklungsländern die Möglichkeit zu geben, einen wichtigen Beitrag zur Emissionsminderung zu leisten (UNFCCC, US Eingabe 29.5.2009). Das Program wird aber auch sehr kontrovers diskutiert, da zu viele Schlupflöcher und unerwünschte Nebenwirkungen, z.B. Nachteile für Biodiversität, Naturvölker, ländliche Gemeinschaften befürchtet werden. Die Meinungen wie nachhaltige Waldwirtschaft (SFM) praktiziert wird und welchen Beitrag sie nachweislich für den Klimaschutz bietet, gehen auseinander.

REDD wurde 2005 von der "Coalition of Rainforest Nations" initiiert und in den „Bali Action Plan“ aufgenommen (COP13). Während COP15 wurde REDD im SBSTA (Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice) und in der AWG-LCA (Ad Hoc Working Group on Long-Term Cooperation Action) behandelt, aber nur im SBSTA konnte man sich auf einen Entwurf einigen, der von COP15 übernommen wurde. (UNFCCC, Entwurf) Die USA, UK, Frankreich, Japan, Australien und Norwegen haben sich verpflichtet für die nächsten drei Jahre 3.5 Milliarden US\$ als Anschubfinanzierung bereitzustellen.

Weitere Quellen: Offizielle Entscheidungen während COP15

UNFCCC: <http://unfccc.int/2860.php>

Zusammenfassung des iisd:

<http://www.iisd.ca/download/pdf/enb12459e.pdf>

4 Perspektive für Süddeutschland

4.1 Beitrag des KIT zur Klimaforschung

Klimaforschung: Mit dem KIT-Zentrum Klima und Umwelt wurde eine interdisziplinäre Einrichtung am KIT geschaffen, die die Zusammenarbeit der insgesamt 30 naturwissenschaftlichen, tech-

nischen und gesellschaftswissenschaftlichen Institute unterstützt, Grundlagen- und Anwendungswissen zum Klima- und Umweltwandel zu erarbeiten.

1. Weitere Klimaforschung ist notwendig, um die Dimensionen und die Auswirkungen des Klimawandels genauer und zuverlässiger zu erfassen. Dabei ist wichtig dass die Fehler der Klimamodelle minimiert und angegeben werden.
2. Eine Verbesserung der Auflösung ist wichtig, um regional bestmöglich auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein. Daher werden Klimamodelle wie der CCLM mit hoher Auflösung gerechnet und es werden die regionalen Aspekte des Klimawandels genau untersucht (REKLIM).
3. Die Ergebnisse der Klimaforschung müssen den Anwendern zugänglich gemacht werden. Dazu wurde das Süddeutsche Klimabüro am KIT-Zentrum Klima und Umwelt eingerichtet und die Darstellung der Ergebnisse wird an die Bedürfnisse der Planer angepasst.

4.2 Energieforschung

Das KIT hat für InnoEnergy den Zuschlag für eine von insgesamt drei „Knowledge and Innovation Communities“ (KIC) erhalten. Bis 2050 sollen die Grundlagen für ein nachhaltiges und klimaneutrales Energiesystem für Europa geschaffen werden.

4.3 Statements des Süddeutschen Klimabüros

Da ein frühes Handeln die Begrenzung des Temperaturanstiegs erleichtert, werden weitere Schritte folgen müssen.

Bei den Verhandlungen in Mexiko Ende dieses Jahres müssen verbindliche Vereinbarungen geschlossen werden, um künftig die Welt nachhaltiger und friedlich zu nutzen.

Die konsequente Einhaltung der Zielvorgaben und die nachweisliche Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen sind jetzt entscheidend, um

die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzumildern.

Impressum

Herausgeber



KIT-Zentrum Klima und Umwelt
c/o Institut für Meteorologie und Klimaforschung
Kaiserstraße 12
76131 Karlsruhe
Tel.: +49 721 608 2831
Fax: +49 721 608 6102
klimabuero@kit.edu
www.sueddeutsches-klimabuero.de

Bearbeitung

Dr. Hans Schipper und Dr. Christina Endler
Verantwortlichkeit für das Süddeutsche Klimabüro
KIT-Zentrum Klima und Umwelt
(Sprecher: Prof. Dr. Ch. Kottmeier, Leiter: Dr. P. Fritz, KIT-Vizepräsident)

Karlsruhe, 27. Januar 2010